

Ist Rußland noch ein Feind?*

Eine amerikanische Sicht

„Behandle Deinen Freund so,
als könnte er eines Tages Dein Feind sein, und Deinen
Feind, als könnte er eines Tages Dein Freund sein.“

Decimus Laberius (1. Jhdt v. Chr.)

Es ist amtlich: Rußland betrachtet die westlichen Demokratien nicht länger als Gegner. Die neue Militärdoktrin, die von der Regierung der Rußländischen Föderation 1993 genehmigt wurde, nahm als ihre Prämisse an, daß Rußland „keinen Staat als seinen Widersacher ansieht“. Diese Prämisse ist in der NATO-Rußland-Grundakte vom Mai 1997 nochmals bestätigt worden, nach der die zwei Vertragsparteien „einander nicht als Widersacher betrachten“. Obwohl nicht in die Nordatlantische Allianz aufgenommen, hat Rußland einen Sitz im Ständigen Gemeinsamen Rat der Allianz erhalten, was ihm zwar kein Veto, wohl aber ein Mitspracherecht in den Beratungen der NATO sichert. Da bei den letzten Präsidentschaftswahlen die russischen Wähler den kommunistischen Kandidaten zugunsten eines Kandidaten, der der Demokratie und dem Kapitalismus verpflichtet ist, abgelehnt haben, ist es nicht unrealistisch, anzunehmen, daß Rußland mit der Zeit ein volles Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden wird.

Im Laufe der letzten drei Jahrhunderte hat Rußland seinen Teil an Konflikten mit mehreren Ländern ausgetragen, die derzeit in der NATO sind - insbesondere die Türkei, Großbritannien und Deutschland -, aber seine Beziehungen mit den USA waren vor der Machtergreifung der Bolschewiken außerordentlich freundlich. In den frühen Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts hatten die beiden Länder einige Meinungsverschiedenheiten über die nordwestlichen Gebiete des nordamerikanischen Kontinents, aber diese wurden im Jahr 1824 durch einen Vertrag friedlich gelöst. Sie wurden als Reibungsquelle 1867 dauerhaft eliminiert, als die zaristische Regierung, die die Kosten, Alaska zu verwalten und zu verteidigen, nicht tragen wollte, einen widerstrebenden U.S. Kongreß überredete, es ihr für eine nominelle Zahlung abzunehmen. Während des amerikanischen Bürgerkrieges unterstützte Rußland die Moral der Nordstaaten, indem es Flotteneinheiten nach New York und San Francisco sandte. Zu dieser Zeit drückte Außenminister William Henry Seward die Gefühle der Nation aus, als er sagte, die Amerikaner zögen Rußland jedem anderen europäischen Land vor, weil „es uns immer Gutes wünscht“.¹

Eine Untergangsstimmung überschattete die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts aufgrund einer Welle antijüdischer Pogrome, die in Rußland nach der Ermordung von Zar Alexander II. ausgebrochen war, und aufgrund der anhaltenden Diskriminierung amerikanischer Bürger jüdischen Glaubens in Rußland. Ein weiteres Ärgernis war Rußlands Expansion im Fernen Osten: im Russisch-Japanischen Krieg

* Übersetzung einer geringfügig auf den letzten Stand gebrachten Version eines Artikels, der unter dem Titel "Is Russia Still An Enemy?" in der September-Oktober-Ausgabe 1997 von 'Foreign Affairs' erschienen ist. Deutsch von Dipl.Dolm. Dr. Dagmar Pfatschbacher.

¹ Zitiert in Thomas A. Bailey, America Faces Russia. Russian-American Relations from Early Times to Our Day (Ithaka, N.Y. 1950), S. 70.

von 1904-05 sympathisierte daher die öffentliche Meinung in den USA offen mit den Japanern. Aber alles war vergessen, als sich Rußland beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs der Sache der Alliierten anschloß. Die USA waren der erste Staat, der die Übergangsregierung anerkannte, die nach der Abdankung des Zaren im März 1917 die Macht übernahm.

Die sieben Jahrzehnte amerikanisch-russischer Feindseligkeit, die dem bolschewistischen Staatsstreich vom Oktober 1917 folgten, waren nicht das Resultat eines Interessenkonflikts, sondern der besonderen Bedürfnisse der Eroberer Rußlands, der sowjetischen regierenden Elite. Die Bolschewiken ergriffen die Macht in Rußland, um eine Basis zu sichern, von der eine weltweite Revolution in Gang gesetzt werden sollte: sie erachteten es niemals als möglich, eine sozialistische Gesellschaft in nur einem Land zu errichten, am wenigsten in ihrem eigenen, dessen Einwohner zu vier Fünfteln aus Bauern bestanden. Um an der Macht zu bleiben, benötigten sie Revolutionen, die in den industrialisierten Ländern des Westens ausbrechen sollten, womit sie in den Zwischenkriegsjahren vor allem Deutschland und Großbritannien meinten, und, nach dem Zweiten Weltkrieg, die Vereinigten Staaten. Der Kalte Krieg war ein künstlicher Konflikt, der von einer Diktatur initiiert und aggressiv fortgesetzt wurde, um ihre illegitim erworbene und gesetzlos aufrechterhaltene Autorität zu rechtfertigen, indem Phantomdrohungen gegen ihr Volk erfunden wurden. Kein Zugeständnis an das kommunistische Regime konnte seine Feindseligkeit dämpfen, denn sein eigenes Überleben hing davon ab; wie im Fall von Nazi-Deutschland waren Kriegführung und Expansionismus in das System eingebaut.

Und, tatsächlich: sobald die kommunistische Partei die Macht verlor, gab die folgende Regierung jegliche Vortäuschung einer Bedrohung von außen auf. Während das sowjetische Regime internationale Spannungen benötigte, so benötigt die Regierung des demokratischen Rußlands friedliche Beziehungen mit früheren Feinden, um die aufgeblähten Militärbudgets zu reduzieren und ausländisches Kapital ins Land zu holen. Vom Standpunkt des Eigeninteresses aus hat Rußland jeden Grund, mit dem Rest der Welt die besten Beziehungen zu pflegen, insbesondere mit den USA.

Doch bleiben Zweifel, ob das Eigeninteresse über die politische Kultur, die in Traditionen des Erbauens von Reichen und des Vertrauens auf militärische Macht wurzelt, die Oberhand gewinnen wird.

Denn es ist eine unglückliche Tatsache, daß Rußland keinen sauberen Bruch mit seiner sowjetischen Vergangenheit durchgeführt hat. Die unblutige Revolution von 1991, die die Demokratie einführte, ist in vieler Hinsicht unvollkommen gewesen, und das Neue fährt fort, neben dem Alten in einer unbehaglichen Symbiose zu existieren. Es sind keine neuen Eliten entstanden: die politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Institutionen des Landes werden weiterhin von Exkommunisten geführt, die die alten, mentalen Gewohnheiten nicht abschütteln können. Die Duma, das Unterhaus des Parlaments, wird von Kommunisten und Nationalisten dominiert, die dem Westen gleichermaßen mißtrauisch gegenüberstehen und gleichermaßen entschlossen sind, für Rußland wieder den Status einer Supermacht in Anspruch zu nehmen.² Anders als die Bolschewiken, die nach der Machtergreifung unverzüglich alle Symbole des gestürzten zaristischen Regimes vernichteten, haben Rußlands Demokraten die unzähligen Denkmäler, die ihre Vorgänger glorifizieren, an ihrem Platz gelassen, ohne sie durch allgemeine, eigene Symbole zu ersetzen. Während Leningrad wieder

² Das Überwiegen der Kommunisten im Parlament überzeichnet stark ihre Popularität: es ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie in den regionalen Wahlen eine einzige Liste aufstellen, während die zersplitterten demokratischen Parteien oft ein Dutzend oder mehr Kandidaten ins Rennen schicken.

in St. Petersburg umgetauft wurde, trägt die Verwaltungsregion (Oblast), in der es sich befindet, noch immer Lenins Namen. Unzählige Statuen von Lenin schmücken Stadthauptplätze in ganz Rußland und seine Mumie liegt immer noch im Mausoleum auf Moskaus Rotem Platz. Straßennamen im ganzen Land fahren fort, die Große Oktoberrevolution und ihre Urheber zu feiern.

Rußland wird in zwei gegensätzliche Richtungen gezogen: die eine ist nach innen gerichtet und daher isolationistisch, die andere imperialistisch. Die Bevölkerung als Ganzes ist vorwiegend mit dem physischen Überleben beschäftigt und zeigt wenig Interesse an Außenpolitik; sie bewältigt den Verlust des Reiches und des Einflusses in der Welt, der damit verbunden war, so nebenbei. Sie sehnt sich nach einer „Normalität“, die sich am vermeintlichen Leben im Westen, wie es in ausländischen Filmen und Fernsehprogrammen dargestellt wird, orientiert. Die depolitisierte, russische Bevölkerung ist für ideologische Aufrufe nicht ansprechbar, auch wenn sie nicht abgeneigt ist, die Schuld für all ihre Probleme den Ausländern in die Schuhe zu schieben. Für die regierende Elite und einen großen Teil der Intelligenzia hingegen, die gewohnt waren als Bürger einer Großmacht anerkannt zu werden, ist der Rückfall des Landes auf einen Dritte-Welt-Status eine traumatische Erfahrung gewesen. Sie sind weniger über den niedrigen Lebensstandard besorgt, als über den Verlust von Macht und Einfluß, vielleicht, weil sie innerlich zweifeln, ob sie dem Westen je auf einem anderen Gebiet gleich sein können. Macht und Einfluß nehmen für sie die Art von imperialem Glanz und militärischer Größe an, die niemals zweitrangig ist.

Im Gegensatz zu westlichen Staaten, die Reiche erwarben, nachdem sie Nationalstaaten errichtet hatten, vollzogen sich in Rußland die Errichtung des Staates und der Aufbau des Reiches gleichzeitig. Seit dem siebzehnten Jahrhundert, als Rußland bereits der größte Staat der Welt war, diente die ungeheure Größe des russischen Herrschaftsgebietes den Russen als psychologische Kompensation für ihre Rückständigkeit und Armut. Aus diesem Grund ist der Verlust des Imperiums für politisch engagierte Russen eine viele bestürzendere Erfahrung gewesen als für die Briten, Franzosen oder Niederländer. Unfähig, sich mit dem Verlust abzufinden, versuchen sie stillschweigend auf verschiedene Art und Weise, die Kontrolle über die losgelösten Randländer wieder geltend zu machen und für Rußland wieder den Status einer Supermacht zu erringen. Hier liegt die Wurzel möglicher Schwierigkeiten.

Wenn man mit dem heutigen Rußland zu tun hat, ist man mit einer höchst instabilen Situation konfrontiert. In Wirklichkeit gibt es nicht ein Rußland, sondern zwei: Das eine, von der jungen, besser ausgebildeten, hauptsächlich städtischen Bevölkerung angeführte, ist begierig, mit der Vergangenheit zu brechen und den westlichen Weg einzuschlagen; der Stellvertretende Premierminister, Boris Nemzow, ist ein repräsentativer Sprecher dieses fortschrittlichen Rußlands. Dem steht das andere Rußland gegenüber, das aus älteren, oft unausgebildeten, vorwiegend ländlichen oder kleinstädtischen Bürgern besteht und dem Westen und der westlichen Lebensart mißtraut. Sprachrohr dieses anderen, der scheinbar sichereren sowjetischen Vergangenheit gegenüber nostalgischen Rußlands ist der Führer der Kommunistischen Partei Gennadij Sjuganow. Gegenwärtig sind es die Ersteren, die Rußland führen, aber sie sitzen keineswegs fest im Sattel. Im ersten Wahlgang der im Juni 1996 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen errang Jelzin die meisten Stimmen (35,3%), aber wenn die anti-liberale Opposition ihre Kräfte vereint hätte, hätte sie ihn entscheidend geschlagen: Sjuganow erhielt 32% der Stimmen, der extreme Nationalist Wladimir Schirinowski 5,7% und der autoritäre Alexander Lebed 14,5%, zusammen eine theoretische absolute Mehrheit von 52,5%. Auf die Frage, was sie vom Kommunismus hielten, hatten 51% der befragten Russen vor drei Jahren ein positives und nur 36% ein negatives Bild. Allerdings ist es charakteristisch für die vorherrschende Stimmung von Verwirrung, daß weniger als die Hälfte

derer, die eine positive Einstellung zum Kommunismus ausdrückten, ihn wiedererrichtet sehen wollten.³

Die allgemeine Basis der Demokratie ist daher dünn und brüchig; das politische Klima kann sich über Nacht ändern. Länder wie Rußland, ohne starke Parteiorganisationen und Loyalitäten, sind fähig, wild von einem Extrem zum anderen zu pendeln, sobald ein geschickter Demagoge auftaucht, der schnelle und leichte Lösungen verspricht.

Für Rußland ist der Weg zu einer Zivilgesellschaft im westlichen Sinn ein langer und mühseliger, weil es nicht nur das kommunistische Erbe überwinden muß, sondern auch das des Zarismus und seines Partners, der orthodoxen Kirche, die über Jahrhunderte zusammengearbeitet hatten, um ihren Untertanen Geringschätzung des Gesetzes, Unterwerfung unter starke und willkürliche Autorität und Feindseligkeit gegenüber dem Westen einzuimpfen. Rußland trägt die schwere Last einer Geschichte, die sein Volk besser lehrte, wie man überlebt, als wie man gedeiht.

Sein gegenwärtiges Streben nach dem, was es als Normalität versteht, wird weiter durch eine Geisteshaltung behindert, die im harten, ländlichen Umfeld herausgebildet wurde, die Verdacht gegen jeden hegte, der nicht Mitglied der Gemeinschaft war, und die auf sozialer Gleichschaltung innerhalb der Gemeinschaft beharrte. Ohne die Gelegenheit zur Erfahrung gehabt zu haben, daß ein ökonomisches Milieu, das einigen erlaubt, mehr zu profitieren als es andere können, am Ende allen Gewinn bringen kann, lehnt diese traditionelle Gemeinschaft jeden Wohlhabenderen oder Geachteteren ab, weil sie glaubt, daß solcher Wohlstand und solche Achtung auf Kosten der Gemeinschaft erkaufte sein müsse. Diese Einstellung ist nicht einzigartig für Rußland, da Anthropologen sie auch in anderen bäuerlichen Gesellschaften festgestellt haben. (Obwohl die Bevölkerung von Rußland mehrheitlich in Städten lebt, besteht der Großteil der städtischen Bevölkerung aus Bauern der ersten oder zweiten Generation, die niemals wirklich urbanisiert wurden.) Diese „bäuerliche“ Weltsicht geht von der Erfahrung aus, daß die Natur, von der sie abhängt, zwar fluktuiert, sich aber nicht wirklich verändert, und glaubt daher, daß die guten Dinge im Leben - wie Jagdgründe oder landwirtschaftlich nutzbares Land - nur in endlicher Quantität vorhanden sind. Daher kann man seine Lage nur auf Kosten der anderen verbessern: man fügt der Menge des Wohlstands nichts hinzu, sondern verringert sie nur.⁴ Eine solche Einstellung behindert sowohl die Evolution von Institutionen des Marktes als auch freundliche Beziehungen zu Ausländern. Aus dieser Einstellung erklärt sich auch die - für Amerikaner wohl überraschende - Ansicht vieler, möglicherweise der Mehrheit der Russen, daß US-Hilfe und US-Investitionen darauf abzielen, um die Ressourcen ihres Landes zu Liquidationspreisen zu erwerben.

Moskau anerkennt den Souveränitätsstatus der ehemaligen Sowjetrepubliken, aber diese Anerkennung kommt vom Kopf und nicht vom Herzen. Sie ist mit so vielen Vorbehalten belastet, daß sie sich im Grunde genommen als wertlos erweist. Die in der russischen Psyche tief eingebettete patriarchalische Mentalität, die behauptet, daß alles, was von den Vorvätern ererbt ist, das unveräußerliche Eigentum der Nation sei, schließt aus, die Loslösung der Randländer als permanente Tatsache zu akzeptieren. Sie veranlaßt Moskau, deren allmähliche ökonomische, politische und militärische „Re-Integration“ mit Rußland anzustreben, was aufgrund der erheblichen Unterschiede in Größe und Bevölkerungszahl zwischen Rußland und den Republiken nur bedeuten kann, diese wieder auf den Status von Satellitenstaaten zu

³ Stephen Wise, Richard Rose, Ian McAllister, *How Russia Votes*, Chatham, N.Y., 1997, S. 45f.

⁴ Siehe, z.B. George M. Foster Studie eines mexikanischen Dorfes, Tzintzuntzan, Boston 1967, S. 123f.; S. 136f.

reduzieren. In diesem Unterfangen wird die Regierung von der orthodoxen Kirche unterstützt, die die Oberhoheit über alle orthodoxen Christen der ehemaligen Sowjetunion beansprucht.

Im Dezember 1991, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR, gründete Moskau die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) - als Organisation, die die ehemaligen Republiken in die Lage versetzen sollte, durch gemeinsamen Konsens ihre gemeinsamen Probleme lösen. Mit der Zeit traten der GUS zehn der fünfzehn ehemaligen Sowjetrepubliken bei: einige freiwillig, andere unter Zwang. Im folgenden Jahr unterzeichneten auf Moskaus Beharren die Mitglieder der GUS einen gegenseitigen Sicherheitsvertrag, der in Wirklichkeit die Verteidigung ihrer Hoheitsgebiete der einzigen militärischen Macht anvertraute, die zur Verfügung stand: der russischen Armee.

Der GUS-Vertrag und insbesondere der Sicherheitsvertrag sind für Moskau als Mittel verwendet worden, um die losgelösten Randländer wieder der Kontrolle der Zentrale zu unterwerfen. Anfangs war das Hauptinstrument dazu wirtschaftlicher Druck, den Rußland ausüben konnte, weil es den Großteil der Industrien der nicht mehr bestehenden Sowjetunion sowie deren hauptsächliche Energieressourcen besaß. Aber diese Waffe verlor an Wirkung, als Ausländer begannen, Kapitalinvestitionen in den Republiken zu tätigen. Die Republiken haben ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Handelsverträge untereinander und mit freundlichen Nachbarn, wie Polen und der Türkei, weiter verbessert.

Das Hauptinstrument der „Re-Integration“ ist daher heute die russische Armee. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, weil ihr formidables Offizierkorps Rußlands verbitterteste und rachsüchtigste soziale Gruppe darstellt. Jeder, der eine Stunde mit russischen Generälen verbringt, wird die Intensität ihrer Ablehnung des Westens, aber auch das Mißtrauen gegenüber ihrer eigenen demokratischen Regierung fühlen, die sie dafür verantwortlich machen, daß seine stolze Armee, die Nazi-Deutschland besiegt hatte und von den Vereinigten Staaten als ebenbürtig angesehen wurde, mittlerweile auf den Status einer vernachlässigbaren Streitmacht reduziert wurde. Die entthronte kommunistische Nomenklatura hat sich dem neuen Regime angepaßt, indem sie einen Großteil des Reichtums des Staates an sich genommen hat und den Großteil des Rests weiterhin verwaltet. Aber die Generäle, die von den Zuweisungen des Staates abhängig sind, hatten keine solche Gelegenheit und schäumen daher vor gleichermaßen persönlicher wie professioneller Demütigung. Die meisten Analogien zwischen Jelzins Rußland und der Weimarer Republik sind verfehlt, aber es gibt auffallende Parallelen zwischen den ranghohen Offizieren der beiden Gemeinwesen in dem gemeinsam geteilten Gefühl der Degradierung und dem Durst nach Rache. Wie in der Weimarer Republik üben die zivilen Behörden nur eine nominelle Kontrolle über die Streitkräfte aus; das Verteidigungsministerium hatte für eine Weile einen einzigen zivilen geschäftsführenden Beamten in seinem Stab, und auch dieser dient heute nicht mehr in dieser Funktion.

Obwohl Rußlands Militär finanziell ausgehungert und demoralisiert ist, ist seine Kommandostruktur überwiegend intakt und erstreckt sich über den Großteil der einstigen UdSSR. Mit Ausnahme der drei baltischen Staaten und Aserbeidschans sind russische Truppen in allen ehemaligen Sowjetrepubliken stationiert: 24.000 in Tadschikistan, 15.000 in Turkmenistan, 5.000 in Usbekistan. In Armenien, das traditionellerweise für Schutz gegen die Türkei und andere moslemische Nachbarn auf Rußland vertraute, hat sich Moskau ein

25jähriges Stationierungsrecht gesichert - als Gegenleistung wurde dem Vernehmen nach militärische Ausrüstung im geschätzten Wert von einer Milliarde Dollar übergeben.⁵

Die vorgebliche Mission dieser russischen Streitkräfte auf fremder Erde ist, die Grenzen der Republik zu verteidigen und die russischen Einwohner zu schützen. Ihre wirkliche Aufgabe ist, als Vorhut für Rußlands imperiales Streben zu dienen. Moskau interpretiert die Bestimmungen des gegenseitigen Sicherheitsvertrages dahingehend, daß es die Genehmigung hat, militärisch in jedem Land zu intervenieren, das mit der GUS assoziiert ist und in dem, seiner Beurteilung nach, die Sicherheit der Föderation bedroht ist. So sind die russischen Truppen, die die Grenze von Tadschikistan mit Afghanistan überwachen, immer wieder in Zusammenstöße mit Streitkräften des islamischen Fundamentalismus involviert gewesen. Ein russischer General, der in Zentralasien stationiert ist, erklärte kürzlich, daß für den Fall, daß Taliban-Einheiten aus Afghanistan die Tadschikische Republik bedrohten, seine Truppen intervenieren würden. Letztlich bedeutet das, daß eine modifizierte Breschnew-Doktrin de facto immer noch in Kraft ist, auch wenn sie nicht so heißt. Für Moskau gehört jedes Land, das einst Teil der UdSSR war, zur Sphäre seines eigenen Sicherheitsinteresses.

Georgien ist ein klassischer Fall der Nutzung militärischer Macht zu imperialistischen Zwecken. Moskau überwand Georgiens Widerstreben, der GUS beizutreten, mit der Initiierung einer Rebellion der abchasischen Minderheit, die den nordwestlichen Teil der Republik bewohnt. Mit russischer Billigung vertrieben die Abchasen über 200.000 Georgier und erklärten ihre Unabhängigkeit. Unfähig, die Rebellion niederzuwerfen, mußte Georgien Hilfe von Moskau anfordern, das unter der Bedingung zustimmte, daß Georgien der GUS beitrete und der Stationierung von 15.000 russischen Soldaten auf seinem Gebiet zustimme, zusammen mit einer „peace-keeping force“ in Abchasien. Sobald Tiflis diese Bedingungen erfüllt hatte, klang die abchasische Rebellion ab. Alle Bemühungen Präsident Schewardnadses, diese russischen „Friedenstruppen“ aus seinem Land zu entfernen, sind bisher vergebens geblieben. Russische Streitkräfte bewachen Georgiens Grenzen mit der Türkei; da sie auch an Armeniens westlicher Grenze stationiert sind, hat Rußland direkten Zugang zur Türkei.

Moskaus Eingriffe in die Souveränität seiner ehemaligen Gebiete stellen eine ernsthafte potentielle Drohung für die Ost-West-Beziehungen dar. Die Situation ist hier nicht völlig klar abgegrenzt, denn stillschweigend anerkennt der Westen das gesamte Gebiet, das einmal Teil der Sowjetunion war, als Rußlands legitime Einflußsphäre - und besteht doch gleichzeitig auf der Achtung der Souveränität der losgelösten Republiken. Wenn die Vergangenheit irgendwelche Aussagekraft hat, dann ist im Fall eines offenen Konfliktes zwischen Rußland und einer der Republiken wahrscheinlich, daß die europäischen Verbündeten nicht mehr tun werden, als ihr Bedauern auszudrücken. Die USA ihrerseits werden beinahe sicher schärfer reagieren, insbesondere, wenn die Opfer der russischen Einschüchterung die Ukraine oder die Länder am Kaspischen Meer sind - erstere wegen ihrer geopolitischen Bedeutung, die letzteren wegen ihrer potentiellen Bedeutung für die Weltwirtschaft mit Sicht auf ihre reichen Erdölvorkommen.

Die Existenz von Petroleumvorkommen in der Kaspischen Region ist seit der Antike bekannt. Im späten zaristischen Rußland war Baku das Zentrum der Ölproduktion des Landes. Seit 1991 haben westliche Konzerne die Gebiete um das Kaspische Meer intensiv erforscht, was zur Entdeckung von Erdölreserven in Turkmenistan, Aserbeidschan und Kasachstan geführt hat, die als zumindest so groß geschätzt werden wie die des Irak und möglicherweise

⁵ Monitor (The Jamestown Foundation, Washington, D.C.), 30.4.1997.

gleich groß wie die Saudi-Arabiens. Hunderte Millionen Dollar werden von internationalen Konsortien in diese Republiken gepumpt, um dieses Öl zu fördern und auf die Weltmärkte zu transportieren. Die direkten ausländischen Investitionen in diesen Republiken sind beinahe gleich mit denen, die in Rußland getätigt wurden.

Rußland, das unglücklicherweise für sich selbst diese Ressourcen verloren hat, beharrt zur Zeit auf seinem Anspruch auf die Pipelines, indem es verlangt, daß alles Öl aus der Kaspischen Region über sein Gebiet zum Schwarzmeerhafen Noworossisk transportiert wird. Diese Rohrleitung läuft durch Tschetschenien, in dem seit Jahren Kämpfe toben. Aus Sicherheitsgründen und auch, um Moskau davon abzuhalten, die Rohrleitung als Mittel politischer oder wirtschaftlicher Erpressung zu benutzen, bevorzugen die ölfördernden Republiken und ihre ausländischen Unterstützer daher eine alternative Route, die über Aserbeidschan und Georgien zum Schwarzen Meer und von dort zur Mittelmeerküste der östlichen Türkei führt. Die Angelegenheit ist eine Sache harter Konkurrenz zwischen Rußland und ausländischen Mächten, in der die betroffenen Republiken, zum Teil aus wirtschaftlichen, zum Teil aus politischen Gründen, zu letzteren tendieren.

Rußland will nicht nur sein Imperium wieder erringen, es strebt auch danach, seine Position als Weltmacht wieder zurückzugewinnen. Es kann dieses Ziel nicht mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen, die einzigen, die in der modernen Welt diesen Rang verleihen: seine teilweise Eingliederung in die Runde der sieben wichtigsten Industriestaaten der Welt (G-7) ist offensichtlich wenig mehr als ein Public Relations-Unterfangen, um es dafür zu entschädigen, daß es sich angesichts der Osterweiterung der NATO ruhig verhalten muß. Rußlands Anspruch auf den Status einer Weltmacht beruhte allerdings weniger auf wirtschaftlicher denn auf militärischer Stärke; die Versuchung ist, noch einmal auf dieses Mittel zurückzugreifen.

Es ist allgemein bekannt, daß Rußlands Streitkräfte derzeit nach Geld ausgehungert und völlig demoralisiert sind. Offiziere chauffieren Taxis; Soldaten bessern sich den ausstehenden Sold durch Verbrechen auf. Die Einberufungen werden so mangelhaft durchgeführt, daß angenommen wird, daß die Hälfte von Rußlands militärischem Personal aus Offizieren besteht. Während einige Generäle diese Situation untragbar finden und sogar mit Meuterei drohen, betrachten die Weitsichtigeren unter ihnen ihre Probleme als temporären Rückschritt, den sie ausnützen können, die Streitkräfte für die Erfordernisse des einundzwanzigsten Jahrhunderts umzustrukturieren. Ihr Ziel ist es, die Basis für ein militärisches Establishment zu schaffen, das so effektiv ist, daß allein seine Präsenz Rußland den ihm zustehenden Platz unter den Staaten sichert.

Diese projektierte Streitmacht wird sich, sobald sie aufgebaut ist, von Rußlands früherer Armee stark unterscheiden. Traditionell verfügte die russische „Dampfwalze“ über fast unbegrenzte Massen von Fußsoldaten, die Feindstellungen ohne Rücksicht auf Verluste stürmten. Heute sind die Voraussetzungen andere: Einerseits steht Rußland nicht mehr unbegrenztes Menschenpotential zur Verfügung. Die Todesrate übersteigt die Geburtenrate; viele neugeborene Kinder leiden an genetischen Defekten. Andererseits steht nicht genügend Geld zur Verfügung, um ein großes, stehendes Heer (wieder) aufzubauen und zu erhalten oder gar auf ein Berufsheer von Freiwilligen überzugehen. Abgesehen von diesen Einschätzungen jedoch haben die russischen Strategen die Lektionen des Golfkriegs verarbeitet, der schlüssig die Überlegenheit der modernen Waffentechnologie über konventionelle Streitkräfte demonstrierte. Sie waren erschrocken über die Fähigkeit der Amerikaner, Iraks große Armee durch elektronische Ausschaltung ihres militärischen Kommunikationsnetzes, kampfunfähig zu machen, bevor die Schlacht überhaupt eröffnet war. Sie waren nicht weniger beeindruckt von der Fähigkeit der Präzisionsraketen, Schlüsselinstallationen des Feindes zu treffen und zu

zerstören. Diese Lektionen haben sie überzeugt, das zu adoptieren, was amerikanische Militärtheoretiker als die „Revolution in militärischen Angelegenheiten“ (Revolution in Military Affairs - RMA) bezeichnen. Das bedeutet eine signifikante Abkehr von der sowjetischen militärischen Doktrin, die behauptete, daß neue Waffen selbst so zerstörerische wie Nuklearwaffen - die Natur der Kriegführung nicht grundsätzlich änderten.

Rußlands neue Militärdoktrin wurde erstmals 1993 von der Regierung Jelzin genehmigt und fordert eine Verlagerung der Verteidigungsmittel von der Materialbeschaffung und Versorgung hin zu Forschung und Entwicklung: 1997 wurden die Ausgaben für Hochtechnologieforschung und -entwicklung bereits auf 40% Prozent des gesamten Verteidigungsbudgets geschätzt.⁶ Diese Reorientierung von Prioritäten, mit der Betonung von Forschung und Entwicklung gegenüber der Beschaffung, folgt der gegenwärtigen US-Praxis nach. Zurückgreifend auf Rußlands ausgezeichnetes wissenschaftliches Talent im Bereich der militärischen Technologie, projiziert die neue Doktrin mit Hilfe von aus den USA importierten Supercomputern den Entwurf von Prototypen für gebündelte Energiewaffen, elektronische Kriegführung und schwer erkennbare Flugzeuge („Stealth“-Technologie). Marinewaffen sollen ebenfalls bevorzugt behandelt werden. Rußland hat kürzlich eine Akademie für Militärwissenschaft errichtet, um „militärische Futurologie“ zu studieren, Entwicklungen unter möglichen Feindstaaten vorherzusagen und so Schocks wie die Operation „Desert Storm“ zu vermeiden. Ein solches Programm kann mit den begrenzten Mitteln, die den Streitkräften derzeit zugewiesen sind, durchgeführt werden. In den Worten von Andrej A. Kokoschkin, dem Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister von 1992 bis 1997, sollte dies Rußland erlauben, Waffen zu produzieren, „die kein Gleiches in der Welt haben“.⁷

Bis sie die neue militärische Hardware entworfen und genügend finanzielle Mittel gesichert haben, um sie zu beschaffen - eine Periode, die sie auf zwischen zehn und zwanzig Jahre schätzen -, beabsichtigen die russischen Generäle, sich auf die nukleare Abschreckung zu verlassen. Sie haben das von Breschnew gegebene „Kein Erstschlag“-Versprechen widerrufen und mit Blick auf die nunmehrige Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte der NATO die flexible Antwortstrategie der NATO übernommen, die in einer Zeit formuliert wurde, als sowjetische konventionelle Streitkräfte sich der Übermacht erfreuten.

Von welchem Nutzen wird eine solche modernisierte Streitmacht für Rußland sein? Seine neue Militärdoktrin ist eher vage in bezug auf die Mission: sie spricht davon, Rußlands „vitale Interessen“ zu schützen, aber diese sind nirgends definiert, ein Versäumnis, das die vorherrschende Verwirrung über Rußlands Platz in der Welt widerspiegelt. Sicherlich, abgesehen von der Wiederherstellung seines Prestiges als Großmacht wird sie ihm ermöglichen, wieder als führender Spieler auf der globalen Bühne zu agieren, indem es auf einer Einflußsphäre über angrenzende Regionen besteht.

Sogar in seinem gegenwärtigen, verkleinerten Zustand besitzt Rußland die längste Grenze der Welt, es grenzt direkt an Europa und Ostasien, hat Nachbarschaft zum Mittleren Osten und berührt sogar den nordamerikanischen Kontinent. Seine Fähigkeit, Instabilitäten entlang seiner Grenzen auszunutzen, ist daher nicht vermindert. Historisch hat Rußland, wenn es Rückschläge in einem Sektor seiner Grenze erlitt, die Aufmerksamkeit den anderen Sektoren zugewandt. Dieses Muster scheint sich zu wiederholen. Moskau fühlt sich als Folge der

⁶ Richard F. Staar, in: Perspectives (Boston University Institute for the Study of Conflict, Ideology and Policy) VII, No. 4 (1997), S. 7.

⁷ Ibid., S. 1.

Erweiterung der NATO von Europa zurückgewiesen und wendet sich daher dem Mittleren Osten und Ostasien zu. Im Mai 1997 erklärte Jelzin, daß seine Regierung, um ein Gegengewicht zu den „Expansionsplänen der westlichen Allianz“ zu schaffen, die Integration der GUS und die Stärkung der Beziehungen zu China als das hauptsächliche Ziel ihrer Außenpolitik bestimmt habe.⁸ Moskau bemüht sich auch um gute Beziehungen zum Iran und zu den anderen fundamentalistischen Moslemstaaten. Aufgrund des Interesses der westlichen Mächte am Kaspischen Öl und des Wunsches der Ex-Sowjetrepubliken in dieser Region, dem russischen Druck nach Integration durch eine nähere Anlehnung an die Türkei zu entkommen, scheint eine neue politische Ausrichtung entlang Rußlands südlicher Grenze zu entstehen und damit eine neue geopolitische Ost-West-Krisenlinie, die irgendwo durch Zentralasien und den Kaukasus verläuft.

Es ist zur Zeit ziemlich unmöglich, wirklich vorherzusehen, welchen Weg Rußland wählen wird, pro-westlich oder anti-westlich; seine politischen Strukturen sind zu zerbrechlich und die Stimmung seines Volkes zu unbeständig für Vorhersagen. Rußlands wahre nationale Interessen fordern eine pro-westliche Ausrichtung und eine Integration in die Weltwirtschaft. Sie rufen danach, daß sich das Land nach innen wende. Die Ziele und die emotionalen Bedürfnisse seiner Elite aber gehen in die entgegengesetzte Richtung: hin zu einem Rückzug aus der globalen Wirtschaftsordnung, die von den industriellen Demokratien dominiert wird, und zu einem Verlassen auf militärische Macht wie auch zu einer Wiederannäherung an Länder, die aus dem einen oder anderen Grund dem Westen feindlich gegenüberstehen. Es ist eine große Versuchung, den letzteren Kurs einzuschlagen, weil er der einfachere der beiden ist: es ist weniger schwierig für Rußland, militärisch mit dem Westen gleichzuziehen als wirtschaftlich.

Es wäre jedoch ein Fehler von historischen Ausmaßen für Rußland, der Illusion einer Macht, die auf der Fähigkeit zu drohen und zu nötigen beruht, zu folgen, und damit die Chance wegzuworfen, eine echte Weltmacht zu werden. Rußland wurde während des Kalten Krieges nicht aufgrund wirtschaftlicher Macht - das wahre Kriterium der Größe einer Nation in der modernen Welt - als Supermacht anerkannt, sondern einzig, weil es Waffen besaß, die universelle Zerstörung bringen konnten. Mit anderen Worten: aufgrund seiner Fähigkeit, die Welt zu erpressen. Wie hohl diese Ansprüche auf den Status einer Supermacht wirklich waren, wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unmittelbar offenkundig: nachdem Rußland seine feindliche Haltung aufgegeben hatte, um dringende interne Reformen durchzuführen, offenbarte es sich als zweitklassige Macht, die von ausländischen Darlehen und Rohstoffexporten abhängig war.

Die nächsten Jahre werden Rußland bald mit einer letzten Prüfung konfrontieren: ist es fähig, sein Streben durch inneren Wiederaufbau und internationale Kooperation zu verwirklichen, oder wird es, noch einmal, versuchen, der Welt durch Zurückgreifen auf militärische Gewalt und Ausnutzung internationaler Spannungen seinen Stempel aufzudrücken?

Jedes Jahr, das Rußland ein Partner des Westens bleibt, stärkt die Befürworter der konsolidierten Entwicklung gegenüber der aggressiven Expansion. Eine jüngere Generation, die westlich sein möchte, ersetzt allmählich die ältere, die in Nostalgie für die sowjetische Vergangenheit gefangen ist; eine Klasse von Geschäftsleuten entsteht, die für Militarismus wenig Verwendung hat, zusammen mit einer neuen Gattung von Politikern, für deren Wählerschaft der Lebensstandard wichtiger ist als imperialistisches Gehabe. Der gegenwärtige

⁸ Zitiert nach Krasnaja Swesda 6.5.1997.

Premierminister, der fünfunddreißigjährige Sergej Kirijenko, ist ein guter Repräsentant dieser Gruppe.¹

Die Wahl wird von den Russen selbst getroffen werden; der Westen kann nur marginal dazu beitragen. Die Situation verlangt eine scharfsinnige Politik, die Härte mit Verständnis für russische Sensibilitäten vereint. Es sollten keine besonderen Begünstigungen gewährt werden, weil diese nur den Appetit der Nationalisten verstärken, die unverdiente Zugeständnisse so interpretieren, daß die Welt - begierig, Rußland in die internationale Gemeinschaft zu bringen -, bereit sei, unbeschränkte Toleranz für sein Verhalten zu üben. Daher sollte es Moskau nicht erlaubt sein, in Verletzung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte, seine Streitkräfte in den südlichen Regionen der Republik zu erhöhen, und es sollte ihm auch nicht erlaubt sein, seine früheren Republiken und Satelliten zu terrorisieren. Die Welt darf eine neue Beschnew-Doktrin nicht ruhig hinnehmen.

Gleichzeitig sollte man Schritte vermeiden, die das russische Gefühl der Demütigung verstärken. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Erweiterung der NATO nach Osteuropa als ein Fehler angesehen werden. Das Problem ist nicht die Einbeziehung von Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik in die NATO, sondern die Tatsache, daß ihre Eingliederung die Ausgliederung Rußlands aus Europa bedeutet. Das wird von den meisten politisch aktiven Russen so interpretiert, daß sie - gleichgültig, was sie tun, um westliche Standards zu erreichen: den Kommunismus aufgeben zugunsten von Kapitalismus und Demokratie, den Warschauer Pakt auflösen und sich aus Osteuropa zurückziehen -, weiterhin als Außenseiter, wenn nicht als Paria angesehen werden. Das einzige Resultat ist ein Erstarren der Kräfte des Nationalismus und Imperialismus. Diese Fehler würden noch potenziert werden im Falle einer Fortsetzung der NATO-Erweiterung um die drei baltischen Republiken und die Ukraine.

Ist Rußland noch ein Feind? Es ist es nicht, und es sollte es nicht sein. Aber es könnte ein Feind werden, wenn die, die sein Schicksal leiten, die politische Unerfahrenheit und die tiefsitzenden Vorurteile seines Volkes ausnutzen, um noch einmal nach einem Ruhm zu streben, auf den sie noch nach keinem Standard Anspruch haben: Dieser russische Machtanspruch beruhte nur auf dem eher bedeutungslosen ungeheuren Ausmaß des Landes, dem Besitz ungeheurer Mineralvorkommen, die sie alleine nicht ausbeuten können, und einem riesigen nuklearen Arsenal, das sie nicht verwenden können. Diese Politik könnte dahin führen, daß russische Machthaber, statt ihr Land von Grund auf wieder aufzubauen, nach sieben Jahrzehnten der Selbstzerstörung, wie sie noch keine Nation in der Geschichte je sich selbst zugefügt hat, noch einmal versucht sein könnten, den Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, durch Selbstisolation und Großtuerei zu entfliehen. Ich fürchte, daß Rußland, wenn es der Realität nicht ins Auge sieht und vielmehr versucht, innere Unzulänglichkeiten durch Agieren auf der globalen Bühne auszugleichen, möglicherweise keine weitere Chance bekommen wird.

PIPES Richard, Prof.
Emeritierter Professor für Geschichte an der Harvard University, USA;
ehem. Direktor für osteuropäische und sowjetische Angelegenheiten
beim National Security Council.

¹ Dieser Beitrag wurde im Sommer 1998 verfaßt, noch vor Kirijenkos Sturz. Anm. des Herausgebers.